

Anforderungen der SPD-Ratsfraktion Hagen
an einen zukunftsorientierten
Doppelhaushalt 2018/2019

| Vom Kürzen zum Gestalten der Stadt

Die letzten Haushalte der Stadt Hagen waren bestimmt durch Leistungseinschränkungen, Kürzungen und Steuer-, Gebühren- und Beitragserhöhungen. Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der städtischen Unternehmen sind Leidtragende dieser Situation

Die Zukunftsfähigkeit der Stadt Hagen ist mehr als gefährdet. Immer stärker wird der Ruf nach einer Kurskorrektur aus der Bürgerschaft. Gesellschaftlich relevante Gruppen (z.B. DGB und SIHK) fordern massiv Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur. Das gilt, gerade bei der Neuausweisung von Gewerbegebieten und dem Bau von Sportanlagen, über die Stadtgrenze hinaus. Als Klammer könnte eine regionale Wirtschaftsförderung dienen.

Auch das RWI Leibnitz-Institut für Wirtschaftsförderung in Essen hat im Auftrag der Landesregierung in einem Gutachten festgestellt, dass die Politik der letzten Jahre für die Stärkungspakt-Kommunen zu einer Schwächung der Standortattraktivität geführt hat.

Die zuständige Kommunalministerin der Landesregierung, Ina Scharenbach, sieht das Risiko, dass sich Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen in einzelnen Kommunen teilweise auf Dauer negativ auf ihre Attraktivität als Wirtschafts- und Wohnstandort auswirken können.

Um dieser Entwicklung in Hagen entgegenzuwirken und eine Stärkung der Stadt zu erreichen, ist es zwingend notwendig, dass mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden.

Für die SPD Fraktion sind dies in erster Linie die folgenden Punkte:

Die Schaffung von Kita- und OGS-Plätzen muss höchste Priorität haben. Eine entsprechende Finanzierung der städtischen Eigenanteile ist einzuplanen.

Die OGS-Schülerzahlen zum Stichtag 15.10.2017 für das Schuljahr 2017/18 dokumentieren dringenden Handlungsbedarf.

So stehen bei noch 33 freien Plätzen im gesamten Stadtgebiet insgesamt 359 Schüler auf einer Warteliste. Davon sind 83 Plätze auf der langen Warteliste als dringend einzustufen, weil beide Elternteile berufstätig sind.

Diese Kinder müssten sofort aufgenommen werden, wenn Plätze frei wären.

Die Verschärfung der Situation wird beim Vergleich mit den Stichtagszahlen 2016/17 noch deutlicher. Vor einem Jahr standen 318 Kinder auf der Warteliste, davon waren 55 als dringend einzustufen.

Ähnlich gestaltet sich die Situation bei den Kita-Plätzen. Wurde bereits im letzten Jugendhilfeausschuss am 11. Oktober von Seiten der Verwaltung berichtet, dass sich im Bereich der Neubauten nicht viel getan habe wird mittlerweile deutlich, dass alle geplanten Neubauprojekte nicht im Zeitrahmen liegen und damit die Stadt den gesetzlichen Vorgaben, nämlich dem Rechtsanspruch der Eltern auf einen Kita-Platz, möglicherweise nicht nachkommen kann. Ob die Tagesstätte im Volmepark, die Neubauten an Koch- und Königstraße in Altenhagen oder der Umbau der Lutherkirche in eine Tagesstätte für 100 Kinder - überall gibt es zeitliche Verzögerungen aus unterschiedlichen Gründen. Bedingt auch dadurch, weil die Planungs- und Bauabteilungen der Stadt überlastet sind.

Neben den rechtlichen Vorgaben sind die Auswirkungen auf die Familien, die mit dem Mangel an Kita- und OGS-Plätzen unweigerlich auftreten, für die SPD-Fraktion viel gravierender. Alleinerziehende müssen die Betreuung ihrer Kinder selbst übernehmen und können somit keine Arbeit aufnehmen. Arbeitslosengeld oder gar Hartz IV sind die Folge. Paare, bei denen beide arbeiten, verlieren womöglich ein Einkommen, weil sie für ihre Kinder keinen Betreuungsplatz finden.

Wenn Hagen sich als familienfreundliche Stadt präsentieren möchte, dann sind diese Missstände in den kommenden beiden Jahren dringend abzustellen. Das dieses Ziel angestrebt wird, muss sich auch im Haushalt 18/19 entsprechend widerspiegeln.

Aussetzen der automatischen Steigerung der Elternbeiträge

Die Kosten für Familien, die Betreuungsplätze für ihre Kinder gefunden haben, dürfen nicht weiter steigen.

Hagen liegt mit diesen Betreuungsbeiträgen im Vergleich mit den Nachbarkommunen im oberen Bereich. Was in Düsseldorf kostenlos zu haben ist, muss in Hagen teuer bezahlt werden. Diese Schraube lässt sich aber nicht endlos drehen. Daher fordert die SPD-Fraktion die Aussetzung der 2-prozentigen jährlichen Erhöhung der Beiträge für Kita- und OGS-Plätze (ab 1.8.2018 vorgesehen). Zumal die Verwaltung bislang nicht in der Lage oder willens war, die von der SPD im Mai vorgeschlagene Dynamisierung der Elternbeiträge mit einer entsprechenden Dynamisierung der Einkommensgrenzen im OGS-Bereich zu verbinden. Ein Konzept liegt bislang nicht vor.

Für die Sicherung der innerstädtischen Infrastruktur muss Geld in den Haushalt 18/19 eingestellt werden

Immer mehr Brücken in Hagen sind nur noch eingeschränkt befahrbar. Geschwindigkeits- und Tonnenbeschränkungen machen den Autofahrern und besonders dem Schwerlastverkehr das Erreichen von Zielen in und um Hagen schwer oder gar unmöglich. 30 von 200 Brückenbauwerken - ein Großteil dieser Brücken befindet sich im Zuge der Verkehrsachse der B 54 und besitzt damit einen hohen Stellenwert für das Verkehrsnetz und damit für die heimische Wirtschaft - müssen in den kommenden Jahren nach ersten Analysen des WBH saniert oder sogar abgerissen und neu gebaut werden. Damit beläuft sich das Investitionsprogramm für 10 bis 15 Jahre auf rund 50 Mio. Euro. Damit die Hagener Infrastruktur nicht weiter gefährdet wird, müssen beginnend mit dem städtischen Haushalt 2018/19, regelmäßig finanzielle Mittel für die Brückensanierung in Hagen ausgewiesen werden. Zunächst für Ingenieurkosten, dann für die Sanierung oder Neubau. Die drohende Vollsperrung von Brückenbauwerken, beispielsweise in Hohenlimburg (Stennertbrücke) oder in Altenhagen (über die Gleise) muss mit allen Mitteln verhindert werden. Daher ist es jetzt geboten, mit den entsprechenden Vorbereitungen für die Sanierungs- und/oder Neubauplanungen zu beginnen.

Daneben sind die Hagener Straßen in einem desolaten Zustand.

Die Mittel für eine Sanierung der Straßen sind deutlich zu erhöhen, so wird verhindert, dass eine Kompletterneuerung später mit wesentlich höherem Aufwand erforderlich wird, außerdem können Bundesmittel für die Sanierung/Unterhaltung des überörtlichen Straßennetzes im Hagener Stadtgebiet genutzt werden.

Ausbau des Radwegenetzes

Die Bedeutung des Radverkehrs nimmt ständig zu. Wenn Hagen nicht weiter von der Entwicklung abgehängt bleiben will, müssen Planungsmittel zum Ausbau des Radwegenetzes in den Doppelhaushalt eingestellt werden. Schwerpunkt hat dabei für die SPD die Anbindung der Radwege entlang der Flüsse und den Seen an die Innenstadt und die westlichen Stadtteile. Besonders hervorzuheben ist hier die Anbindung an den Ruhrtalradweg. Das bedeutet, dass nach dem Bau der Brücke zur Volmequerung von dort aus entlang der Volme und der Ennepe ein Radweg Richtung Gevelsberg mit Priorität zu entwickeln und zu realisieren ist.

Investitionen in den ÖPNV

Die jüngste Aufforderung von OB Schulz, die HVG möge ihren zukünftigen Zuschussbedarf um weitere 1,5 Mio. Euro eindampfen, spiegelt den Stellenwert des ÖPNV in unserer Stadt wieder.

Eine später erfolgte Reduzierung der Kürzung auf eine Mio. Euro und die vage Aussicht auf eine Investition der Straßenbahn in Elektromobilität wird das Leistungsangebot des ÖPNV in Hagen nicht steigern. Nach Überzeugung der SPD-Fraktion muss das bisherige Angebot aber dringend ausgebaut werden. Nur mit einem erweiterten Angebot in den Abendstunden und an den Wochenenden und mit einer nutzerfreundlichen Anbindung der zahlreichen Hagener Bezirke und Ortsteile trägt der ÖPNV zur Attraktivität unserer Stadt bei.

Denn nur, wenn die Bürger ihren ÖPNV als verlässliches und möglichst zu allen Zeiten verfügbares Transportmittel anerkennen, werden sie auch vom Individualverkehr in die Busse der Hagener Straßenbahn umsteigen. Das wiederum wäre für unsere mit Schadstoffen hoch belastete Innenstadt sehr wünschenswert: Der Ausstoß von Feinstaub und Sickoxiden würde eingeschränkt, ein möglicherweise gerichtlich angeordnetes Fahrverbot für Dieselfahrzeuge könnte abgewendet werden.

Daher sieht die SPD-Fraktion trotz der angespannten Haushaltslage unserer Stadt in der ausgegebenen Spardevisse für den ÖPNV eine verfehlte Zukunftsplanung. Ganz im Gegenteil muss jetzt dringend in den ÖPNV investiert werden. Das muss sich sowohl im Haushalt als auch bei der Erschließung von Fördertöpfen auf Landes- und Bundesebene widerspiegeln. Erst kürzlich wurde beispielsweise im Rahmen des Dieselpfils in Berlin für die Kommunen ein milliardenschwerer Mobilitätsfonds aufgelegt.

Zur Erinnerung der Zuschuss für die Hagener Straßenbahn betrug im Jahr 2008

20.765.215,-- €

Dieser Betrag war Grundlage für die vom damaligen Rat beschlossene Zuschussreduzierung von

2.000.000,-- €

Ausweislich des Jahresabschlusses der Hagener Straßenbahn für das Jahr 2016 betrug der tatsächliche Zuschuss

11.412.000,-- €

Diese Zahlen machen den dringenden Handlungsbedarf deutlich.

Das Ehrenamt muss mehr Unterstützung von Seiten der Stadt erhalten

Das Ehrenamt hat in unserer Stadt einen ganz besonderen Stellenwert. Die Menschen, die sich in unserer Stadt für Kranke, Schwache, Arme und Ausgegrenzte – kurz hilfeschende Bürger – einsetzen, sind mit Geld nicht zu bezahlen. Trotzdem spielt das Geld für die entsprechenden Einrichtungen zur Aufrechterhaltung des Betriebs eine wichtige Rolle.

Die SPD-Fraktion hat im vergangenen und in diesem Jahr einige der sozialen Einrichtungen in unserer Stadt besucht und sich von ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeitern über die Arbeitssituation vor Ort aufklären lassen. In allen Einrichtungen wurde unisono beklagt, dass die Zahl der zu betreuenden Menschen stetig ansteigt. Zwar fänden sich nach wie vor helfende Hände im Rahmen des Ehrenamtes, doch müssten Betreuungen, Beratungen, Verköstigungen und therapeutische Hilfestellungen auch finanziert werden.

Um das zu gewährleisten, sind die Vereine auf Spenden angewiesen, die immer schwieriger zu akquirieren sind. Dadurch kostet die Vereine die Absicherung ihres Budgets durch Spendenaufrufe, Veranstaltungen und Gespräche mit potentiellen Spendern viel Zeit, die wiederum von der eigentlichen Aufgabenbewältigung abgeht. Um das zu verhindern, müssen diese für unsere Stadt so wichtigen Einrichtungen finanziell verlässlicher und auskömmlicher als bisher ausgestattet werden.

Frauen helfen Frauen e.V.

Aidshilfe Hagen e.V.

Kinderschutzbund e.V. mit Mehrgenerationenhaus

Suppenküche Hagen e.V.

Vorhaller Palette Vorhaller Ökumene gegen Armut e.V.

Die hier aufgeführten Vereine / Organisationen erhalten in 2018/2019 eine Zuschusserhöhung oder erstmalig einen Zuschuss von 10 000 Euro jährlich.

Mehr Sicherheit, Ordnung, Stadtsauberkeit (SOS)

Der Gleichklang mit einem bekannten Notruf (Save our souls) ist an dieser Stelle durchaus berechtigt. Die täglichen Beschwerden aus Bevölkerung und Handel über Verschmutzungen, Pöbeleien und Vandalismus reißen nicht ab. Die einmaligen Säuberungsaktionen in Wehringhausen und Altenhagen sind lange verpufft

Von Nachhaltigkeit keine Spur. Daher gilt es im Rahmen der kommunalpolitischen Arbeit verstärkt für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in ausreichendem Maße zu sorgen. Die Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger müssen ernster genommen und die erforderlichen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden.

Die SPD setzt dabei, ähnlich wie in anderen NRW-Großstädten (z.B. Essen), auf einen Aktionsplan mit zahlreichen Partnern und einem umfangreichen Maßnahmenkatalog mit mehreren Säulen:

1. Wahrnehmen, erkennen und aufklären
2. Säubern und pflegen
3. Erfassen, kontrollieren und bestrafen

Zur Aufstellung eines wirkungsvollen und nachhaltigen Konzeptes müssen der Verwaltung finanzielle Mittel für eine personelle, sachliche und organisatorische Ausstattung zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung muss die Anforderungen personell bewältigen können

Schon allein die UVG-Reform löst bei der Verwaltung erhebliche Personalprobleme aus. Die drei zur Abarbeitung der Anträge notwendigen Stellen sind nicht besetzt, zurzeit werden dort Azubis eingesetzt. Zwar werden die rund 1259 Neuanträge nach und nach bearbeitet, eine Verfolgung der Altfälle findet aber gar nicht mehr statt. So hat der Fachbereich 55 (Jugend und Soziales) bereits angekündigt, sein Konsolidierungsziel nicht zu erreichen.

Im jüngsten Sozialausschuss wurde über die Sachbearbeitung im Bereich UVG konkret berichtet:

- laufende Fälle Leistungsgewährung (einschl. Heranziehung): 1.264
- Heranziehungsfälle (nach Auslaufen Leistungsgewährung): 1.830
- bereits vorliegende Neuanträge (Stand 11.10.2017) 1.259

Es ergibt sich eine Gesamtsumme von 2.613 Fällen, in denen UVG-Leistungen zu gewähren sind, mithin sind zukünftig 4.353 Fälle zu bearbeiten, in denen Heranziehungsaufgaben zu leisten sind.

Zur personellen Situation heißt es in dem Bericht:

Zur Bewältigung der Aufgabe entstehen personelle Bedarfe, die derzeit konservativ geschätzt mit 3 Stellen angenommen werden (derzeit 5,5 Stellen). Diese Stellen wurden eingerichtet, konnten auch auf Grund personeller Wechsel nicht wie vorgesehen besetzt werden. Durch interne Stellenwechsel ist zusätzlich die Einarbeitung neuer Mitarbeiter zu leisten. Aktuell sind zwei vorgesehene Stellen noch zu besetzen.

Ähnliche Probleme bestehen bei den Bürgerämtern. Zeitweise werden sie wegen Personalmangels geschlossen. Hier hat die SPD-Fraktion bereits ein Konzept eingefordert, dass den Bestand und verlässliche Öffnungszeiten sichern soll.

Dabei muss ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der E-Gouvernement-Angebote gelegt werden. Beispielsweise bietet die Bundesdruckerei seit einiger Zeit neue Self-Service-Terminals an, die Datenerhebungsprozesse deutlich komfortabler und effizienter machen. Diese Technik bietet die Chance, die in den Bürgerämtern aufgrund von mangelhafter personeller Ausstattung entstandenen Probleme abzumildern und dauerhaft für einen Modernisierungsschub bei der Einführung von Online-Bürgerdiensten zu sorgen.

Schwerwiegende Rückstände ergeben sich bei der Bearbeitung von Baugesuchen aufgrund der fehlenden Stellungnahmen der Fachabteilung der Feuerwehr. Nach wie vor werden die Rückstände mit dem vorhandenen Personal nicht abgearbeitet. Das Ergebnis einer Organisationsuntersuchung zur Aufstockung des Personals steht seit dem Frühjahr aus. Die vom Oberbürgermeister der Politik mehrfach versprochene Qualitätsoffensive für den vorbeugenden Brandschutz hat bisher keine Ergebnisse gebracht. Die Rückstände sind unverändert.

Personelle Probleme mit gravierenden Auswirkungen gibt es auch in der Bauleitplanung und bei der Akquirierung von Fördermitteln. Die fließenden Mittel aus den Kommunalinvestitionsprogrammen sowie den Schulprogrammen können kaum verplant werden, andere Aufgaben bleiben dafür liegen. So bleiben Haspe, Hohenlimburg (Innenstadt, Oege/Nahmer) und Altenhagen gegenüber der „Sozialen Stadt Wehringhausen“ zunächst einmal auf der Strecke, weil die Mitarbeiterkapazität für die Erstellung eines Integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes und damit für eine städtebauliche Überplanung nicht ausreicht.

Vom Rat als besonders dringend angesehene Verfahren zur planungsrechtlichen Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen werden nicht bearbeitet (Gewerbegebiet Böhfeld).

Zahlreiche Fördermittel aus Landes- und Bundesprogrammen werden in Hagen nicht abgerufen, weil es keine zentrale Stelle gibt, die gezielt nach passenden Förderprogrammen sucht und ein idealtypisches Vorgehen bei der Beantragung beherrscht. Auch hier müsste mit einer entsprechenden personellen Aufstockung für Abhilfe und damit für eine konsequentere Förderkulisse für unsere Stadt gesorgt werden.

Der Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Hagen erledigt auf diversen Gebieten wichtige Aufgaben, die das Zusammenleben in unserer Stadt prägen. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels der Hagener Bevölkerung und der Zuwanderung - auch aus Süd-Ost-Europa - ist darauf zu achten, dass die in diesem Verwaltungsbereich eingerichteten Stellen ständig mit qualifiziertem Personal besetzt sind. Hierzu bedarf es einer passgenauen Personalwirtschaft mit zügigen Besetzungsverfahren. Aufgrund der angespannten Arbeitsmarktsituation auf dem Gebiet der sozialen Arbeit sollte auf nicht durch einen Sachgrund begründete befristete Arbeitsverhältnisse verzichtet werden.

Die Stellenpläne des Doppelhaushaltes müssen die notwendigen Maßnahmen beinhalten.

Weiteres Vorgehen

Die SPD Fraktion wird in den kommenden Haushaltsplanberatungen in den Ausschüssen massiv darauf dringen, dass die notwendigen Maßnahmen sich im Haushalt der Stadt wiederfinden.

Von dem Ergebnis der Haushaltsplanberatungen wird die SPD Fraktion ihr Verhalten zur Schlussabstimmung über den Haushalt abhängig machen.